

Inhalt

A Fragestellung – Mögliche Ansprüche	1
I. Der Sachverhalt	1
1. Das Kausalitäts- und Zurechnungsproblem	1
a) Unabschbare Großschäden	1
b) Die Kausalitätsfrage	2
2. Hypothesen der folgenden Untersuchung	3
II. Der zivilrechtliche Abwehranspruch	5
1. Abwehr- und Ausgleichsansprüche nach bürgerlichem Recht	5
2. Privatrechtliche Ansprüche – wirkungslos gegen das »Waldsterben«	6
III. Ansprüche gegen Hoheitsträger	8
1. Die Bedeutung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen gegen die staatliche Gewerbe- und Umweltaufsicht im Falle des Waldsterbens	8
2. Öffentlich-rechtliche Ansprüche der privaten Waldbesitzer	11
a) Ansprüche auf Verhütung und auf Schadensersatz	11
b) Besondere Bedeutung des öffentlichen Haftungsrechts	11
B Recht der betroffenen Waldbesitzer auf Einschreiten der staatlichen Aufsicht gegen schädigende Immissionen	13
I. Verletzung der Waldbesitzer »in ihren Rechten«	13
II. Pflicht des Staates zu schadensverhütender Aufsicht nach Immissionsschutzrecht	14
1. Verhinderung »schädlicher Umwelteinwirkungen« und »Gefahren«	14
a) Schädliche Umwelteinwirkungen	14
b) »Sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen«	14
c) Vorsorge	15
2. »Schädlichkeit«	16
III. Drittschutzcharakter der Bestimmungen des BImSchG	17
1. §§ 5 und 22 BImSchG als drittschützende Normen	17
a) Genehmigungsbedürftige Anlagen	17
b) Nichtgenehmigungspflichtige Anlagen	18
2. Die betroffenen Waldbesitzer als geschützte »Nachbarschaft« im Sinne des BImSchG	19
3. Die Amtspflichten gegenüber den Geschädigten – Haupt- und Nebenpflichten	20

IV. Das Ermessen der Umweltbehörden – Ausschluß wirksamer Rechtsverfolgung?	22
1. Das Ermessen der Behörden zum Einschreiten nach § 17 BImSchG	22
a) § 17 BImSchG als »Sollvorschrift«	22
b) Ermessensschrumpfung	23
2. Ermessensverengung wegen schwerwiegender Verletzung wichtiger Rechtsgüter – Analogie zum Polizeirecht	23
a) Ermessensschrumpfung im Polizeirecht	24
b) Verpflichtungen zum Eingreifen im Baurecht	25
3. Ermessensverengung bei § 24 BImSchG	26
V. Erfüllbarkeit der Amtspflicht gegenüber den Waldbesitzern – Zumutbarkeit von nachträglichen Anordnungen, Stand der Technik (§ 17 Abs. II BImSchG)	26
1. Vertretbarkeit	27
a) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	27
b) Abwägungsgesichtspunkte beim »Waldsterben«	28
2. Technische Erfüllbarkeit	30
VI. Normative Bindung der Verwaltung?	31
1. Bindung an die TA-Luft?	31
a) Die »Bindungswirkung« der TA-Luft gegenüber der Verwaltung	31
b) Keine »Außenwirkung« der TA-Luft	32
c) Die Bedeutung der TA-Luft: Antizipiertes Sachverständigengutachten	34
d) TA-Luft – keine Rechtfertigung der Immissionsschutzaufsicht im Falle des Waldsterbens	35
2. Bindung der Verwaltung an Umweltschutz-Rechtsverordnungen	37
a) Der Drittschutzcharakter der Rechtsverordnungen	37
b) Verwerfungsrecht des Richters wegen Verstoßes gegen das BImSchG	37
VII. Die Durchsetzbarkeit eines Rechtes auf immissionsschützende Aufsicht – die verwaltungsgerichtliche Klage	39
1. Klagemöglichkeit und Klageformen	39
2. Klagegegner	40
3. Der Antrag	40
C Amtshaftungsansprüche wegen Verletzung der Pflichten aus dem BImSchG	43
I. Amtspflicht auf Immissionsschutz gegenüber den Waldeigentümern	43
1. »Amtspflicht entsprechend dem jeweiligen Gesetz«	43
2. Haftungsrechtliche Amtspflicht nach dem BImSchG	44
a) Drittschützender Charakter der Normen	44
b) Der Kreis der Betroffenen	45
c) Haftung wegen Verletzung von Annexpflichten	45
3. Haftung wegen Ermessensfehlern	46
II. Die Entwicklung des Haftungsrechts der Wirtschaftsaufsicht – weitgehende Garantieverpflichtung des Staates	47

1. Die Erweiterung der Amtspflichten zum Drittschutz in der staatlichen Wirtschaftsüberwachung	48
a) Die traditionelle Auffassung: Grundsätzlich keine Amtspflichten gegenüber Dritten	48
b) Die »Wende« in der Bankenrechtsprechung des BGH	49
2. Begründung und Umfang des haftungsrechtlichen Drittschutzes nach heutiger Auffassung	50
a) Intensivierung der drittschützenden Haftungsverpflichtung entsprechend dem heutigen Verständnis der Staatsaufgaben	50
b) Haftungsverpflichtung des Staates bei Unmöglichkeit des Selbstschutzes der Bürger	50
c) »Ungenügende Aufsichtsmittel« als Begründung des Haftungsausschlusses?	52
d) Haftungsverpflichtungen des Staates auch bei schwerwiegenden Belastungen	53
3. Die Praxis des amtshaftungsrechtlichen Drittschutzes – weitgehende staatliche Verantwortung	53
a) »Polizeirechtlicher« Drittschutz und Haftungsrecht	54
b) Staatshaftung bei »amtlicher Bestellung und Überwachung«	55
c) Staatshaftung für »staatsinterne Aufsichtspflichten«	56
d) Kartellaufsicht – Recht auf Einschreiten und Haftung	57
 III. Subsidiarität des Amtshaftungsanspruches?	60
1. Der Begriff der Subsidiarität – Bedeutung im Falle des »Waldsterbens«	60
2. Die herrschende Lehre im Immissionsschutzrecht: keine Subsidiarität	60
3. Die fehlende Effektivität des zivilrechtlichen Rechtsschutzes – allgemeine Zweigleisigkeit des Drittschutzes	62
 IV. Das Kausalitätsproblem – Verursachung »durch« den Staat?	63
1. Erleichterung des Kausalitätsnachweises – Beweis des ersten Anscheins	63
2. »Kausalität des staatlichen Überwachungsverhaltens«	64
3. »Höhere Gewalt«	65
4. »Mitverursachung«	67
a) Die »summierte Immission« im Privatrecht	67
b) »Summierte Immissionen« im Amtshaftungsrecht	68
c) Wahrscheinlichkeit und Schadenshöhe bei Mitverursachung	69
 V. Verschulden	70
1. Das Erfordernis des »schuldhaften Handelns des Beamten«	70
a) Anforderungen an das pflichtgemäße Verhalten der Immissionsschutz-Beamten ..	70
b) Verschulden in der Ermessensausübung	72
c) Organisationsverschulden	73
2. »Hineinwachsen in ein Verschulden«	73
3. Kein Verschulden der Verwaltung, weil kein Verschulden des Gesetzgebers?	76
4. Die Objektivierung der Amtshaftung	76
5. Exkurs: Die allgemeine Gefährdungshaftung	77
a) Gründe für eine objektive Haftung – die »besondere Gefährlichkeit«	78
b) Entwicklungsformen der Gefährdungshaftung	79

D	Mangelhafte Überwachung als Eigentumsverletzung	81
I.	Überwachungsfehler als enteignungsgleicher Eingriff	81
1.	Der «enteignungsgleiche Eingriff»	81
2.	»Unmittelbarkeit« des Eingriffs durch mangelhafte Gewerbeüberwachung?	83
a)	Die Ausweitung des Finalitätsbegriffs	83
b)	Einschränkungsversuche beim »enteignungsgleichen Eingriff« – im Falle des »Waldsterbens« nicht einschlägig	84
c)	Kein enteignungsgleicher Eingriff bei »hoheitlichem Unterlassen«?	86
d)	Eingriff durch Genehmigung	86
II.	Bedenken aus der Rechtsprechung des BVerfG gegen die Möglichkeit, Ansprüche aus »enteignungsgleichen Eingriffen« geltend zu machen	87
1.	Mangelnde »Gezieltheit«?	87
2.	Kein »enteignungsgleicher Eingriff« mehr?	88
E	Eingreifen des Gesetzgebers	91
I.	»Ungenügende Gesetzgebung«	91
1.	Ausreichende gesetzliche Grundlagen	91
a)	Keine Regelungsfreiheit des Gesetzgebers	91
b)	Gesetzliche Grundlagen sind vorhanden	92
2.	Die Aufgabe des Gesetzgebers – Vergleich mit der Genehmigung von Atomanlagen und der Lärmbekämpfung – die Rechtsprechung des BVerfG	93
a)	Unterschiede zwischen der Atomfahrd und dem »Waldsterben«	93
b)	Die Lehren aus den Atomentscheidungen des BVerfG für das Waldsterben«	94
c)	Lärmbekämpfung – die Verfassungsbeschwerde gegen gesetzgeberische Unterlassungen beim »Waldsterben«	95
3.	Voraussetzungen, unter denen der Gesetzgeber tätig werden muß	97
4.	Rechtliche Möglichkeiten, den Gesetzgeber zur Schaffung von Rechtsgrundlagen für Schutz- und Schadensansprüche nach Immissionschutzrecht zu zwingen	98
a)	Haftung für »legislatives Unrecht« durch Unterlassen?	98
b)	Unterlassen des Gesetzgebers als »enteignungsgleicher Eingriff«?	99
c)	Normenkontrollverfahren – Verfassungsbeschwerde	100
II.	Das Eingreifen der Gesetzgebung in Fällen schwer zurechenbaren Schadens	101
1.	Schadensausgleich im Atomrecht	102
2.	Tumultschäden	103
3.	Staatliche Hilfen für Waldschäden	105
a)	Öffentliche Hilfe für Waldbrandschäden	105
b)	Öffentliche Hilfe bei Waldverunreinigung	105
III.	Die Solidaritätsverpflichtung der Gemeinschaft	107
	Schlußergebnis	109
	Zusammenfassung der Ergebnisse	111